

**Magdeburg, 14.11.2013**

Im Rahmen der kritischen jugendpolitischen Situation in Sachsen-Anhalt, durch die Haushaltspläne der Landesregierung, wurde nun auch bekannt das der Burgenlandkreis einen Stellenabbau für seinen Kreis- Kinder- und Jugendring vorsieht. Ursache: der geplante Wegfall von Mitteln aus dem Fachkräfteprogramm im Haushalt.

Wir interpretieren die aktuelle Lage als sehr kritisch, da momentan noch kein Landeshaushalt beschlossen wurde, aber dennoch erste Beispiele bekannt werden ,wie in diesem Fall im Burgenlandkreis, bei denen gewissermaßen "vorsorglich" jugendpolitische Strukturen, wie die Interessensvertretung der Kinder und Jugendlichen und der Akteur\*innen der Jugendarbeit in ihren Strukturen abgebaut werden.

Wir ziehen hieraus 2 Schlüsse: Zum einen werden die Organisationen geschwächt, die innerhalb der Kürzungspolitik, demokratisch intervenieren und so den politischen Entscheidungsträger\*innen ihr Leben etwas schwerer machen könnten. Zum anderen zeigt der Burgenlandkreis exemplarisch, das die Kreise mit hoher Wahrscheinlichkeit, zukünftig die vom Land wegfallenden Mittel für Jugendarbeit, Vernetzung, Bildungsmaßnahmen und Beratung nicht mit eigenen Mitteln auszugleichen gedenken.

Dies ist für die rechtliche und politische Anerkennung der Jugendarbeit im Land, wie in den Kreisen ein Armutszeugnis.

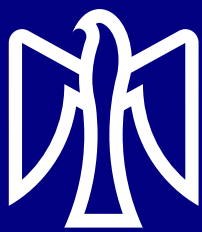
Den politischen Entscheidungsträger\*innen ist hierbei offensichtlich nicht klar, das sie Kernelemente der Demokratie und enorm wichtige Anlaufstellen für junge Menschen in ihrem Leben zerstören .

Besonders kritisch bewerten wir das dieser Prozess OHNE, und wir betonen OHNE, eine inhaltliche Diskussion im Landtag und den Kreisen darüber stattfindet, wie Jugendarbeit und Jugendpolitik gemeinsam, zu Gunsten der Kinder- und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt zu gestalten ist.

Dort wo, ohne Diskussionen, Strukturen mit dem Rotstift getilgt werden, verschwinden langjährige Erfahrungen, Freundschaften, etablierte Kooperationsnetzwerke, Fachkräfte und vor allem ein vielfältiges Angebot zur Gestaltung von Freizeit, Bildung und Gemeinschaft für Kinder und Jugendliche.

Die Kinder- und Jugendarbeit ist wesentlicher und gewachsener Bestandteil unserer gesellschaftlichen und politischen Infrastruktur, die es Kindern und Jugendlichen ermöglicht sich auszuleben, ihre eigene Welt zu gestalten und Erfahrungen für ihr kommendes Leben zu sammeln.

Wir sind der Auffassung das die Weiterentwicklung und Förderung der Jugendarbeit in gemeinsamer Verantwortung durch Land, Kreis und Kommune notwendig ist!



**Magdeburg, 14.11.2013**

Jugendarbeit ist dabei nach wie vor kommunale Pflichtaufgabe, dies hat der Deutsche Bundesjugendring auf seiner 86. Vollversammlung in Magdeburg, mit seinem Beschluss "Rechtsanspruch auf Jugendarbeit" deutlich formuliert. Auf der Basis eines rechtlichen Gutachtens ist Jugendarbeit eine Pflichtaufgabe dem Grunde nach,

**Daher fordern wir:**

- die Landesregierung nachdrücklich dazu auf, die etablierten und bewährten Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit nicht durch kurzsichtige Haushaltskonsolidierungspolitik grundsätzlich zu beschädigen.
- die Kreise und Kommunen auf, ihre gesetzliche Pflichtaufgabe wahrzunehmen und den Bedarfen entsprechend Jugendarbeit zu finanzieren.
- eine gemeinsame und durchdachte Diskussion über die Weiterentwicklung und die solide Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit.
- Anerkennung der d
- die Landesregierung nachdrücklich dazu auf, die etablierten und bewährten Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit nicht durch kurzsichtige Haushaltskonsolidierungspolitik grundsätzlich zu beschädigen.
- die Kreise und Kommunen auf, ihre gesetzliche Pflichtaufgabe wahrzunehmen und den Bedarfen entsprechend Jugendarbeit zu finanzieren.
- eine gemeinsame und durchdachte Diskussion über Weiterentwicklung